

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

53. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. März 2000

Nummer 12

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NRW.) aufgenommen werden.

Glied Nr.	Datum	Titel	Seite
20025	25. 1. 2000	RdErl. d. Innenministeriums Festlegung von Sicherheitsmaßnahmen zur Internetnutzung und sonstiger Kommunikation mit Stellen außerhalb der Landesverwaltung – Sicherheitskonzept Kommunikation NRW –	152
21504	25. 1. 2000	RdErl. d. Innenministeriums KatS-Zentralwerkstätten; Lagerbetrieb an Wochenenden	155
631	14. 1. 2000	RdErl. d. Finanzministerius Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (VV-LHO); Zinssatz für Verzugszinsen nach Nr. 4.2 VV zu § 34 LHO	155

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NRW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
13. 1. 2000	Finanzministerium RdErl. – Durchführung des Gesetzes über die Anpassung von Dienst und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1999	155
21. 1. 2000	RdErl. – Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer im Haushaltsjahr 1999	157
28. 1. 2000	RdErl. – Durchführung des Artikels 9 BBVAnpG 99 (Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder für die Vergangenheit und die Jahre 1999 und 2000)	157
	Innenministerium	•
26. 1. 2000	RdErl. – Personenstandswesen; Fortbildungsveranstaltungen in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln	163

20025

Festlegung

von Sicherheitsmaßnahmen zur Internetnutzung und sonstiger Kommunikation mit Stellen außerhalb der Landesverwaltung Sicherheitskonzept Kommunikation NRW –

> RdErl. d. Innenministeriums v. 25. 1. 2000 - V B 2/201.1 - 6

Aufgrund des § 11 ADV-Organisationsgesetz - ADVG NW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 1985 (GV: NRW. S. 41/SGV. NRW. 2006) wird das vorliegende Sicherheitskonzept Kommunikation erlassen:

1 Allgemeines

1.1

Mit dem Sicherheitskonzept sollen eine gesicherte Internetnutzung ermöglicht und die Mindestanforderungen hinsichtlich Sicherheit bei der Kommunikation mit anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung festgelegt werden.

Anwendungsbereich

Das Sicherheitskonzept ist von den Behörden und Einrichtungen des Landes, die

- ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Nutzung des Internet ermöglichen wollen oder
- informationstechnische Verfahren planen, die eine Kommunikation mit Stellen außerhalb der Landesverwaltung NRW vorsehen

anzuwenden.

Netzübergänge

Die Kopfstelle des Landesverwaltungsnetzes (LVN) stellt Netzübergänge zum Internet sowie zum bundesweiten Netz für öffentliche Verwaltungen (TESTA¹) bereit. Bei der Fernwartung sind die in der Anlage beigefügten Sicherheitsregelungen für die externe Fernwartung in der Landesverwaltung, bei der Telearbeit mit mittlerem Schutzbedarf die Regelungen des IT-Grundschutzhandbuchs (vgl. RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Justiz zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller gleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller Landesministerien vom 22. 8. 1998 "IT-Grund-schutzhandbuch" – SMBl. NRW. 20025) zugrundezulegen. Zugriffe auf externe Datenbanken sind im Einzelfall zu regeln.

Ergänzende Sicherheitsmaßnahmen

Die im vorliegenden Sicherheitskonzept dargestellten Sicherheitsmechanismen stellen lediglich die Mindestanforderungen an Sicherheit dar. In der Regel wird es notwendig sein, dass der Aufgabenträger oder die ansonsten zuständige Behörde oder Einrichtung errönzende Sicherheitsmaßnahmen Einrichtung ergänzende Sicherheitsmaßnahmen vorsieht, um die Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität der Datenübertragung sowie den Schutz der eigenen lokalen Systeme und Netze zu gewährleisten.

Der Betreiber eines Sondernetzes übernimmt für sein Netz und im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit die Aufgaben und Pflichten, die ansonsten vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) gemäß dieser Vorschrift zu erfüllen sind.

Internetnutzung

Firewall

Der Übergang zwischen dem LVN und dem Internet ist vom LDS unter Verwendung einer hochsicheren und von einer anerkannten Zertifizierungsinstanz in der Europäischen Union zu zertifizierenden Firewall zu sichern. Die Firewall ist im Rechenzentrum zu installieren und den dort geltenden Sicherheitsmaßnahmen zu unterwerfen. Das LDS wird Dienstanweisungen für die mit der Administration der Firewall betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstellen, die dem besonderen Sicherheitsbedarf in angemessener Weise Rechnung tragen. Die Firewall-darf funktional nur erweitert werden, wenn durch den Einsatz der notwendigen Produkte die Zertifizierung nicht gefährdet ist.

Elektronische Post (Sicherheitsklasse 1)

2.2.1 Dienste

In der Sicherheitsklasse 1 steht der Dienst "Elektronische Post" zur Nutzung zur Verfügung. Er erlaubt es, aus dem LVN heraus auf elektronischem Wege Post ins Internet zu versenden und auch von dort zu empfangen. Bezüglich der erreichbaren Teilnehmer im Internet gibt es keine Einschränkungen.

2.2.2 Zentrale Sicherheitsmaßnahmen

Die vom Internet empfangene elektronische Post ist durch das LDS im Rahmen der technischen und rechtlichen Möglichkeiten auf Viren zu prüfen. Wird ein Virus festgestellt, ist die elektronische Post auszusondern, zu archivieren und der Empfänger über den Vorgang zu informieren.

2.2.3 Lokale Sicherheitsmaßnahmen

Die jeweilige Behörde oder Einrichtung sollte zusätzliche Virenprüfungen vornehmen, da in zahlreichen Fällen eine zentrale Erkennung von Viren nicht möglich ist. Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität können durch Verwendung der digitalen Signatur und Verschlüsselung² erreicht werden.

2.2.4 Auftragsverfahren

Der Dienst "Elektronische Post" ist frei zugänglich. Eine gesonderte Beauftragung des LDS ist nicht erforderlich.

Internet und Foren (Sicherheitsklasse 2)

2.3.1 Dienste

In der Sicherheitsklasse 2 stehen die Dienste

- Nutzung des Internet³ (http⁴)
- Nutzung von Dateiarchiven mit Hilfe eines Internet-Browsers (Anonyme Dateiübertragung über
- Teilnahme an offiziellen Internet-Diskussionsforen (nntp⁵)

zur Verfügung.

2.3.2 Zentrale Sicherheitsmaßnahmen

Um die Sicherheit der genannten Dienste zu gewährleisten ist durch das LDS sicherzustellen, dass

- nur zugelassenen Behörden und Einrichtungen die Nutzung des angeforderten Dienstes möglich ist (auf Basis der IP-Adresse des Dienstevermitt-
- nur der http- bzw. der nntp-Dienst verfügbar ist,
- ein Zugriff aus dem Internet auf das LVN nicht möglich ist.

2.3.3 Lokale Sicherheitsmaßnahmen

Von der jeweiligen Behörde oder Einrichtung sind Zugangs- bzw. Nutzungsregelungen festzulegen und auf dem lokalen Dienstevermittler (http- bzw. nntp-Proxy) umzusetzen.

¹ Transeuropean Services of telematics between Administrations

Entsprechende Produkte können allen Behörden und Einrichtungen des Landes bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Sollen lediglich die Internetangebote der Landesverwaltung genutzt werden (alle Angebote, deren Namen auf "nrw.de" enden) ist die Beauftragung dieses Dienstes nicht notwendig, da jede Behörde oder Einrichtung des Landes auf die Internetangebote der Landesverwaltung unter Nutzung des LVN zugreifen kann.

Hypertext Transfer Protocol

⁵ Network News Transfer Protocol

2.3.4 Auftragsverfahren

Zur Nutzung der Dienste ist es notwendig, dass

- die jeweilige Behörde das LDS schriftlich mit der Freischaltung des Internet bzw. der Diskussionsforen beauftragt,
- noch nicht zur Verfügung stehende Diskussionsforen beim LDS schriftlich beauftragt werden⁶.
 Für die Nutzung kostenpflichtiger Diskussionsforen sind entsprechende Kostenregelungen mit dem LDS zu treffen.

2.3.5 Technische Voraussetzungen

Zur Nutzung der Dienste ist von der Behörde oder Einrichtungen ein entsprechender Dienstevermittler (http- bzw. nntp-Proxy) einzurichten und zu betreiben.

2.4 Dateiübertragung und Fernzugriff (Sicherheitsklasse 3)

2.4.1 Dienste

In der Sicherheitsklasse 3 stehen die Dienste

- Dateiübertragung (ftp⁷) und
- Fernzugriff (telnet)

zur Nutzung zur Verfügung.

In Erweiterung der Sicherheitsklasse 2 erlaubt es der Dateitransfer in dieser Klasse auch solche Dateiarchive bzw. Server zu nutzen, die eine Authentifizierung des Nutzers z.B. in Form eines Passwortes erwarten.

2.4.2 Zentrale Sicherheitsmaßnahmen

Eine Freigabe der beauftragten Dienste erfolgt ausschließlich personenbezogen. Zur Freigabe der Dienste wird dem jeweiligen Nutzer vom LDS das zur Authentifizierung gegenüber der Firewall notwendige Passwort mitgeteilt. Die beauftragten Dienste können nur von den Systemen der jeweiligen Behörde oder Einrichtung aus genutzt werden. Am Internetübergang wird mit Hilfe einer Passwortabfrage sichergestellt, dass ausschließlich die vom LDS autorisierten Personen die für sie beauftragten Dienste nutzen können.

Ein Zugriff aus dem Internet auf Systeme im LVN ist nicht zulässig.

2.4.3 Lokale Sicherheitsmaßnahmen

Durch die Behörde oder Einrichtungen sind organisatorische Rahmenbedingungen zur Nutzung der Dienste festzulegen.

2.4.4 Auftragsverfahren

Zur Nutzung der Dienste ist es notwendig, dass das LDS schriftlich mit der Freischaltung von Nutzern beauftragt wird.

2.4.5 Technische Voraussetzungen

Um die Dienste dieser Sicherheitsklasse nutzen zu können ist durch die Behörde bzw. Einrichtung sicherzustellen, dass alle betroffenen Systeme innerhalb des lokalen Netzes

- namentlich durch einen einzurichtenden DNS-Dienst⁸ der Behörde aufgelöst werden können und
- von der Firewall aus zu erreichen sind9.
- 2.5 Internetzugriff auf isolierte System im LDS (Sicherheitsklasse 4)

2.5.1 Dienste

In Erweiterung der vorhergehenden Sicherheitsklassen ermöglicht die Sicherheitsklasse 4 den Zu-

gang aus dem Internet auf isolierte Systeme im LDS. Zu den isolierten Systemen zählen Systeme, die

- außer der Verbindung ins Internet keine weiteren Anbindungen zu Netzen oder Systemen der Landesverwaltung haben (sog. "Stand-alone" Systeme),
- auf Grund von systemtechnischen Eigenschaften ebenfalls als Stand-alone Systeme betrachtet werden können. Diese Eigenschaft ist durch ein Zertifikat einer anerkannten europäischen Zertifizierungsinstanz für das jeweilige System vor Inbetriebnahme nachzuweisen.

Hinsichtlich der auf isolierten Systemen nutzbaren Dienste gibt es keine Einschränkungen.

2.5.2 Zentrale Sicherheitsmaßnahmen

Für isolierte Systeme sind keine weiteren Sicherheitsmaßnahmen notwendig.

2.5.3 Auftragsverfahren

Über die beabsichtigte Realisierung von Verfahren gemäß der Sicherheitsklasse 4 ist das LDS rechtzeitig zu unterrichten.

3 Kommunikation mit anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung

3.1 Anbindung an das LVN

Die Anbindung von Kommunikationspartnern anderer öffentlicher Verwaltungen an das LVN erfolgt grundsätzlich über TESTA.

Soweit das Internet für die Kommunikation genutzt werden soll, gelten die Bestimmungen gemäß Nr. 2. In Ausnahmefällen kann der Zugang für einen Übergangszeitraum auch unter Nutzung anderer Kommunikationsverbindungen erfolgen, soweit eine eindeutige Identifizierung des jeweils zugelassenen Kommunikationspartners gewährleistet werden kann. Dabei sind die vom LDS verwalteten IP-Adressbereiche zu verwenden.

3.2 Dienste

Die notwendigen Dienste sind verfahrensspezifisch festzulegen, wobei vorrangig die Dienste einzusetzen sind, die auch im Internet allgemein verwendet werden.

3.3 Zentrale Sicherheitsmaßnahmen

Das LDS hat sicherzustellen, dass

- die Kopfstelle des Kommunikationspartners (auf Basis der IP-Adresse) eindeutig identifiziert wird,
- nur Verbindungen zu den am Verfahren beteiligten Systemen innerhalb der Landesverwaltung aufgebaut werden können.
- 3.4 Sonstige Sicherheitsmaßnahmenie für das Verfahren notwendigen sonstigen Sicherheitsmaßnahmen sind entsprechend den IT-Richtlinien RdErl. des Innenministers v. 15. 7. 1996 (SMBl. NW. 20025) durch den Aufgabenträger festzulegen. Im Rahmen des verfahrensspezifischen Sicherheitskonzepts sind die geeigneten und notwendigen Maßnahmen, beispielsweise
 - zur Authentifizierung der berechtigten Nutzer,
 - zur Wahrung der Integrität der Daten oder
 - zur Beschränkung des Zugriffs auf die zulässigen Systeme und Daten

festzulegen.

3.5 Auftragsverfahren

Die zuständige oberste Landesbehörde beauftragt in Abstimmung mit dem Innenministerium das LDS mit der Einrichtung der notwendigen Kommunikationsverbindungen und -dienste.

 $^{^{\}rm 6}$ Es sind alle Diskussionsforen des vom LDS genutzten Internet-Providers verfügbar.

⁷ File Transfer Protocol

⁸ Domain Name System

Die Ports 21 für ftp und 23 für telnet, sowie alle Ports >1023 müssen für Verbindungen zur Firewall auf dem Router zum LVN freigeschaltet sein.

4 Verhalten im Schadensfall

4.1 Zentrale Maßnahmen

Bei festgestellten erheblichen Sicherheitsverletzungen am Internetübergang, an den Zugangspunkten im LVN oder sonstigen Bereichen wird der betroffene Bereich geschlossen bzw. das betroffene Kommunikationsverfahren durch das LDS unterbrochen. Das LDS hat in diesem Fall unverzüglich die notwendigen und geeigneten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und -behebung zu treffen. Über die festgestellten Sicherheitsverletzungen ist das Innenministerium sowie ggf. der Aufgabenträger zu informieren.

4.2 Lokale Maßnahmen

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung haben den jeweiligen Netzbetreiber unverzüglich über festgestellte Sicherheitsverletzungen in Kenntnis zu setzen. Der Netzbetreiber hat in diesen Fällen unverzüglich die notwendigen und geeigneten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und -behebung zu treffen.

5 Protokollierungen

5.1 Zweck

Das LDS protokolliert anfallende Daten zum Zweck

- der Fehleranalyse und -beseitigung,
- der Bedarfsanalyse sowie.
- zum Nachweis gefährdender Aktivitäten.

5.2 Internetnutzung

5.2.1 Sicherheitsklasse 1

In der Sicherheitsklasse 1 werden am Internetübergang für den Dienst "Elektronische Post" die folgenden Daten protokolliert:

- Quelladresse
- Zieladresse
- Zeitpunkt der Verschickung
- Größe der übermittelten Post.

Die protokollierten Verkehrsdaten sind über einen Zeitraum von einem Monat aufzubewahren und anschließend vollständig zu löschen.

5.2.2 Sicherheitsklasse 2

Bei der Nutzung der Dienste dieser Sicherheitsklasse werden durch das LDS, im Gegensatz zu den anderen Sicherheitsklassen, keine personenbezogenen Daten erhoben, da in den protokollierten Verkehrsdaten lediglich ein Bezug auf die abrufende Behörde existiert¹⁰ (IP-Adresse des Dienstevermittlers).

Die protokollierten Verkehrsdaten sind über einen Zeitraum von sechs Monaten aufzubewahren und anschließend vollständig zu löschen.

5.2.3 Sicherheitsklasse 3

In der Sicherheitsklasse 3 werden für den Dienst "Dateiübertragung" folgende personenbezogene Verkehrsdaten protokolliert:

- Alias des Nutzers (Pseudonym)
- Adresse und Name des Startsystems
- Adresse und Name des Zielsystems
- Uhrzeit des Verbindungsauf- und -abbaus
- Benutzte Dienste
- Übertragenes Datenvolumen
- Passwörter des Zielsystems.

Neben den genannten Daten wird für den Dienst "Fernzugriff" der vollständige Sitzungsinhalt protokolliert.

Die Verkehrsdaten sind über einen Zeitraum von sechs Monaten aufzubewahren und anschließend vollständig zu löschen.

Eine Zuordnung des in den Protokolldateien benutzten Alias zu der zugehörigen natürlichen Person darf nur mit Hilfe einer im LDS unter Verschluss zu haltenden Tabelle möglich sein. Eine Auswertung der so personifizierten Daten durch das LDS ist nur nach schriftlichem Auftrag der jeweiligen Behörde oder Einrichtung statthaft; das Ergebnis ist vertraulich zu behandeln und darf ausschließlich dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden

5.2.4 Sicherheitsklasse 4

In der Sicherheitsklasse 4 sind durch den Betreiber des jeweiligen Systems Regelungen zu den Protokollierungen festzulegen.

5.3 Kommunikation mit anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung

Bei der Kommunikation von Stellen anderer öffentlicher Verwaltungen mit Teilnehmern des LVN findet im LDS eine Protokollierung nur statt wenn

- diese bereits im verfahrensspezifischen Sicherheitskonzept des Aufgabenträgers vorgesehen ist oder
- das LDS einen schriftlichen Auftrag des jeweiligen Aufgabenträgers erhält.

Anlage

Sicherheitsregelungen für die externe Fernwartung in der Landesverwaltung

Die nachfolgenden Sicherheitsregelungen ergänzen die Maßnahmeempfehlungen für den mittleren Schutzbedarf des IT-Grundschutzhandbuches des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Die Anwendung des IT-Grundschutzhandbuches ist mit RdErl. des Ministeriums für Inneres und Justiz vom 22. 8. 1998 (SMBl. NRW. 20025) empfohlen worden.

Aus Sicherheitsgründen ist es sinnvoll, auf externe Fernwartung zu verzichten. Sollte sich nach Prüfung des Aufgabenträgers ergeben, dass auf eine externe Fernwartung nicht verzichtet werden kann, so sind die Gründe aktenkundig zu machen.

Zusätzliche Sicherungsmaßnahmen:

1. Aufbau der Verbindung

Der Aufbau der Verbindung für eine externe Fernwartung sollte immer vom lokalen IT-System initiiert werden. Davon kann aus technischen, wirtschaftlichen oder organisatorischen Gründen abgesehen werden, wenn die Behörde vor dem Aufbau der Verbindung ihr Einverständnis erteilt hat. Hierzu muss von der Behörde eine verantwortliche Person benannt werden.

2. Authentifizierung

Das externe Wartungspersonal muss sich zu Beginn der Wartung authentisieren. Hierzu sollten Einmalpaßwörter verwendet werden, die am Ende der Sitzung vom Systemverwalter zurückgesetzt werden. Der Behörde ist freigestellt, weitere Authentifizierungsmechanismen einzusetzen.

3. Protokollierung

Alle Tätigkeiten bei der Durchführung der externen Fernwartung müssen auf dem zu wartenden IT-System protokolliert werden. Im Einvernehmen mit der Behörde kann auch eine zentrale Protokollierung vorgenommen werden, z.B. im betreuenden Rechenzentrum.

4. Einschränkung der Rechte des Wartungspersonals

Das Wartungspersonal sollte nicht die vollen Administrationsrechte besitzen. Falls in besonderen Fällen

Sollte ein Nachweis über personenbezogene Aktivitäten erforderlich sein, so kann dieser ausschließlich durch den jeweiligen Betreiber des Dienstevermittlers in den Behörden und nicht durch das LDS erfolgen.

darauf nicht verzichtet werden kann, hat der Systemverwalter vor Ort den Ablauf der Fernwartung über die gesamte Dauer mitzuverfolgen.

5. Personenbezogene Daten

Datenverarbeitungssysteme sind grundsätzlich so zu gestalten, dass bei ihrer Wartung nicht auf personenbezogene Daten zugegriffen werden kann. Sofern dies nicht gewährleistet ist, hat die Daten verarbeitende Stelle durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass nur auf die für die Wartung unbedingt erforderlichen personenbezogenen Daten zugegriffen werden kann.

6. Benutzerkennung für das Wartungspersonal

Für das Wartungspersonal ist auf dem IT-System eine eigene Benutzerkennung einzurichten unter der alle Wartungsarbeiten durchgeführt werden.

7. Zwangslogout

Wird die Verbindung zur Fernwartungsstelle unterbrochen, so muss der Zugriff auf das System durch einen Zwangslogout beendet werden.

8. Abbruch der Fernwartung

Es muss jederzeit die Möglichkeit geben, die Fernwartung von Seiten der Mitarbeiter der Behörde abzubrechen.

9. Daten oder Programme des Wartungspersonals

Werden während der Wartung Daten oder Programme auf dem lokalen IT-System angelegt, so dürfen diese nur unter besonderer Kennung des Wartungspersonals in einem eigenen Verzeichnis abgelegt werden.

In Ergänzung zu den vorstehenden Sicherheitsregelungen sind für die Fernwartung vertragliche Regelungen, insbesondere hinsichtlich der Geheimhaltung der Daten sowie der Pflichten und Kompetenzen des externen Wartungspersonals zu treffen sowie auf die vorliegenden Sicherheitsregelungen Bezug zu nehmen. Der Vertrag ist mit den von der Fernwartung betroffenen Ressorts sowie dem Netzbetreiber abzustimmen.

– MBl. NRW. 2000 S. 152.

21504

KatS-Zentralwerkstätten Lagerbetrieb an Wochenenden

RdErl. des Innenministeriums v. 25. 1. 2000 II C 3-7300.01

Mein RdErl. v. 25. 8. 1967 (SMBl. NRW. 21504) wird aufgehoben.

– MBl, NRW. 2000 S. 155.

631

Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (VV-LHO)

Zinssatz für Verzugszinsen nach Nr. 4.2 VV zu § 34 LHO

RdErl. d. Finanzministeriums v. 14. 1. 2000 I D I – 0034 – 6

Mein RdErl. v. 11. 2. 1977 (SMBl. NRW. 631) wird wie folgt ergänzt:

1999 auf 4,0 v.H.

· Die im Laufe des Jahres 1999 auf Anfrage bekanntgegebenen Vomhundertsätze bleiben unberührt.

- MBl. NRW. 2000 S. 155.

II.

Finanzministerium

Durchführung des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1999

RdErl. d. Finanzministeriums v. 13. 1. 2000 - B 2104 - 42.2 - IV A 2

Zur Durchführung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1999 – BBVAnpG 99 – vom 19. November 1999 (BGBl. I S. 2198) i.V.m. der Bekanntmachung nach Artikel 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungsund -versorgungsanpassungsgestzes 1999 und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 22. November 1999 (BGBl. I S. 2207) weise ich im Einvernehmen mit dem Innenministerium auf Folgendes hin:

1. Besoldung und Versorgung

Gegenüber dem Gesetzentwurf, auf dessen Grundlage nach meinem RdErl. v. 14. 5. 1999 (MBl. NRW. S. 684) Abschlagszahlungen zu leisten waren, sind im Gesetzgebungsverfahren Änderungen insoweit eingetreten, als die lineare Anpassung der Bezüge der Beamten und Richter sowie der Versorgungsempfänger der Besoldungsordnung B und der Besoldungsgruppen R 3 bis R 10 sowie C 4 und H 4 vom 1. 6. 1999 auf den 1. 1. 2000 hinausgeschoben worden ist (Artikel 1 Abs. 5 BBVAnpG 99).

Die in den Anlagen des vorgenannten RdErl. mitgeteilten Bezügebestandteile, Sätze der Mehrarbeitsvergütung und der Erschwerniszulagen sowie die Mindestversorgungsbezüge sind deshalb ab 1. Juni 1999 bzw. ab 1. Januar 2000 endgültig den Bezügezahlungen zugrunde zu legen. Dies gilt auch für die zum 1. März 1999 erhöhten Anwärterbezüge für die ab dem 1. Januar 1999 neu eingestellten Beamten auf Widerruf und für die mit den Bezügen für Juli 1999 gewährte Einmalzahlung für die Monate März bis Mai 1999 an die Beamten und Versorgungsempfänger der Besoldungsgruppen A 1 bis A 16, C 1 bis C 3, H 1 bis H 3 sowie Richter der Besoldungsgruppen R 1 und R 2.

2. Jährliche Sonderzuwendung

Die Bemessungsfaktoren für die Sonderzuwendung 1999 sind mit RdErl. v. 30. 12. 1999 (MBl. NRW. 2000 S. 50) gesondert bekannt gemacht worden.

3. Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder

Zum Vollzug des Artikels 9 BBVAnpG 99 – Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder für die Vergangenheit und die Jahre 1999 und 2000 – wird auf meinen RdErl. v. 28. 1. 2000 (MBl. NRW. S. 157) hingewiesen.

4. Anlage 2 zum LBesG

Die Anlage 2 zum LBesG wird mit den aktuellen Beträgen nachfolgend bekannt gemacht (Anlage).

Inlag

Anlage 2 zum LBesG (Stand 1. 1. 2000)

Anrechnungsbetrag, Beiträge der Zulagen (Monatsbeträge)

Anrechnungsbetrag nach § 4 Satz 2

 $\boldsymbol{\mathsf{-}}$ in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8:

83,84 DM

– in den übrigen Besoldungsgruppen:

89,01 DM

Zulagen

nach Nr. 2.2 der Vorbemerkungen

1 000,— DM

nach Nr. 2.3 Abs. 1 der Vorbemerkungen:

Besoldungsgruppe	bis 31. 12. 1998	ab 1. 1. 1999	ab 1. 1. 2000	ab 1. 1. 2001	ab 1. 1. 2002 bis 31. 12. 2002
A 1 bis A 5	113,41 DM	90,73 DM -	68,05 DM	45,36 DM	22,68 DM
A 6 bis A 9	170,74 DM	136,59 DM	102,44 DM	68,30 DM	34,15 DM
A 10 bis A 13	284,05 DM	227,24 DM	170,43 DM	113,62 DM	56,81 DM
A 14, A 15, C 1, C 2 und R 1	369,04 DM	295,23 DM	221,42 DM	147,62 DM	73,81 DM
A 16, B 2 bis B 4, C 3, C 4, R 2 bis R 4	457,92 DM	366,34 DM	274,75 DM	183,17 DM	91,58 DM
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	556,25 DM	445,— DM	333,75 DM	222,50 DM	111,25 DM
B 8 bis B 10, R 8	663,27 DM	530,62 DM	397,96 DM	265,31 DM	132,65 DM

•		186,84 DM
	•	150,— DM
•		92,45 DM
	-	35,— DM
	•	150,— DM
	•	150,— DM
		92,45 DM
•		285,57 DM
•	,	285,57 DM
		150,— DM
		320,80 DM
•		493,43 DM
•	•	285,57 DM
		285,57 DM

Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer im Haushaltsjahr 1999

RdErl. d. Finanzministeriums v. 21. 1. 2000 – KomF 1.112 – 6 – IA3 –

Die Gesamtsumme des auf die Gemeinden entfallenden Anteils an der Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer nach dem Ist-Aufkommen für das IV. Quartal 1999 beträgt

354397263,- DM.

Hierauf haben die Gemeinden im Dezember 1999 einen Abschlag in Höhe des Zahlbetrages für das III. Quartal von 339227777,- DM erhalten. Hinzu kommt ein Restbetrag von 1,- DM aus der Abrechnung des Jahres 1998.

Der positive Abrechnungsbetrag für das IV. Quartal wird hiermit auf

15169487,- DM

festgesetzt.

Davon werden **15169486,- DM** entsprechend den Schlüsselzahlen aufgeteilt und am 27. 1. 2000 ausgezahlt. Der Restbetrag von 1,- DM wird bei der Abrechnung des Jahres 2000 berücksichtigt.

- MBl. NRW. 2000 S. 157.

Durchführung des Artikels 9 BBVAnpG 99
(Umsetzung der Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag
für dritte und weitere Kinder
für die Vergangenheit
und die Jahre 1999 und 2000)

RdErl. d. Finanzministeriums v. 28. 1. 2000 - B 2104 - 42.3 - IV A 2

Mit Artikel 9 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1999 – BBVAnpG 99 – vom 19. November 1999 (BGBl. I S. 2198) hat der Gesetzgeber die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. 11. 1998 – 2 BvL 26/91 u.a. – zur amtsangemessenen Alimentation kinderreicher Beamter umgesetzt. Das Gericht hat für die Jahre 1988 bis 1996 entschieden, dass es den Klägern der Ausgangsverfahren nicht zuzumuten ist, für den Unterhalt von dritten und weiteren Kindern auf die familienneutralen Bezügebestandteile zurückzugreifen. Die vom Gericht aufgestellten Grundsätze gelten auch für die Folgezeit.

Zur Durchführung der gesetzlichen Regelung gebe ich im Einvernehmen mit dem Innenministerium die folgenden Hinweise.

Zu Artikel 9 § 1

Die Kläger der Ausgangsverfahren der o.a. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erhalten für dritte und weitere Kinder, die in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1988 und dem 31. Dezember 1998 im Familienzuschlag bzw. Ortszuschlag berücksichtigt wurden, jeweils monatliche Erhöhungsbeträge, die nach den Berechnungen und Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts bestimmt sind.

Anlage

In der Anlage werden die Erhöhungsbeträge für die Jahre 1988 bis 1998 bekannt gemacht, die nach Art. 9 § 1 Satz 4 vom Bundesministerium des Innern auf der Grundlage der vom Bundesverfassungsgericht bezifferten Beträge und zugrunde gelegten Vergleichsberechnungen ermittelt und mitgeteilt worden sind. Die vom Bundesverfassungsgericht für die Kläger der Ausgangsverfahren festgesetzten Erhöhungsbeträge sind in die Tabellen übernommen worden.

Anspruchsberechtigt sind auch Widerspruchsführer und Kläger, die innerhalb des genannten Zeitraums Ansprüche auf höhere Besoldung für dritte und weitere Kinder geltend gemacht haben, ohne dass über den

Anspruch schon abschließend entschieden worden ist. Der Anspruchszeitraum beginnt mit dem 1. Januar des Haushaltsjahres, in dem der Widerspruch gegen einen entsprechenden (ablehnenden) Verwaltungsakt erhoben worden ist (vgl. § 69 VwGO). Es ist nicht erforderlich, dass der Anspruch auf höhere Alimentation für dritte und weitere Kinder in jedem Haushaltsjahr erneut geltend gemacht wurde.

Klägern und Widerspruchsführern mit mehr als sechs zu berücksichtigenden Kindern wird für das dritte und jedes weitere Kind der in der Anlage ausgewiesene Erhöhungsbetrag für Familien mit sechs Kindern gezahlt; abweichend hiervon gelten folgende vom Bundesverfassungsgericht in den Ausgangsverfahren festgesetzte Erhöhungsbeträge:

BesGr.	Zahl der Kinder insgesamt	Jahr	Monatlicher Erhöhungs- betrag (DM)
A 14	7	1992	128,17
A 14	7	1993	138,53
A 14	7 .	1994	147,95
A 14	7	1995	149,22
A 15	. 7	1994	144,39
A 15	8	1994	146,06
A 15	7	1995	169,45
A 15	8	1995	147,31

Die in der Anlage mitgeteilten Erhöhungsbeträge gelten auch für die übrigen Kläger und Widerspruchsführer.

In den Fällen, in denen sog. Zählkinder vorhanden sind, ist der monatliche Erhöhungsbetrag aus der Tabelle entsprechend der Gesamtkinderzahl zu entnehmen.

Beispiel:

Ein Widerspruchsführer hat insgesamt vier Kinder. Die beiden ältesten Kinder stammen aus erster Ehe und sind bei der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mutter kindergeldrechtlich zu berücksichtigen. Für die jüngeren Kinder erhält der Widerspruchsführer das Kindergeld und den Kinderanteil im Familienzuschlag.

Der Erhöhungsbetrag ist aus der Spalte "Erhöhungsbeträge für insgesamt vier Kinder" zu entnehmen.

Eine weitergehende allgemeine Rückwirkung der gesetzlichen Regelung hat der Gesetzgeber nicht vorgesehen; sie ist auch vom Bundesverfassungsgericht nicht angeordnet worden. Der Gesetzgeber ist wie das Bundesverfassungsgericht davon ausgegangen, dass die Alimentation von Beamten der Sache nach die Befriedigung eines gegenwärtigen Bedarfs aus gegenwärtig zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ist.

Soweit Kläger bzw. Widerspruchsführer teilzeitbeschäftigt waren, findet auf die Erhöhungsbeträge \S 6 Abs. 1 BBesG Anwendung.

Der Erhöhungsbetrag ist nicht auf Ausgleichs- oder Überleitungszulagen anzurechnen. Er zählt zu den Mitteln, die für den Unterhalt eines aufgenommenen Kindes zur Verfügung stehen (§ 40 Abs. 1 Nr. 4 BBesG).

Im Falle eines Dienstherrnwechsels im rückliegenden Zeitraum bis 1998 hat der einzelne Dienstherr Ansprüche nur für die Zeit zu erfüllen, in der der Beamte in einem Dienstverhältnis zu ihm stand.

Die monatlichen Erhöhungsbeträge sind unter Berücksichtigung der zustehenden Sonderzuwendung ermittelt

worden; daher ist eine Erhöhung der jeweiligen Sonderzuwendung um diesen Betrag nicht vorzunehmen.

Die Nachzahlungsbeträge nach Artikel 9 \S 1 sind steuerfrei zu gewähren; sie unterliegen nicht dem sog. Progressionsvorbehalt nach \S 32 b des Einkommensteuergesetzes.

Zu Artikel 9 § 2

Die Erhöhung des Kinderanteils im Familienzuschlag für die Jahre 1999 und 2000 ist eine auf diese Jahre begrenzte Sonderregelung. Da die Neuregelung des besoldungsgesetzlichen kinderbezogenen Familienzuschlags von der künftigen generellen steuerlichen Entlastung von Familien und der Höhe des Kindergeldes abhängig ist, ist insoweit eine weitere Regelung für die Zukunft erst nach der Neugestaltung des allgemeinen Familienleistungsausgleichs im Jahre 2000 zu erwarten.

Der Erhöhungsbetrag ist nicht auf Ausgleichs- oder Überleitungszulagen anzurechnen. Er zählt zu den Mitteln, die für den Unterhalt eines aufgenommenen Kindes zur Verfügung stehen (§ 40 Abs. 1 Nr. 4 BBesG). Auf den RdErl. v. 22. 2. 1988 (MBl. NRW. S. 242) und die entsprechenden Verwaltungsvorschriften zum BBesG wird dazu ergänzend hingewiesen.

Der um 200,– DM erhöhte Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder zählt weiterhin zu den steuerpflichtigen Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des § 19 des Einkommensteuergesetzes.

Anlage

Ethöhungsbeträge nach Art. 9 § 1 Abs. 1 des BBVAnpG 1999 für die Jahre 1988 bis 1998 (in DM/Monat für das dritte und jedes weitere im Orts-bzw. Familienzusschlag zu berückslichtigende Kind)

	bel Insgesamt 8 Kinderg und mehr	88,46	87,98	87,80	96,02	424.44	120.08	440 43	110.75	11821	105.26	104.76	102.78	101,10	0,101	00,00	123,50	89 68	152 74	100,84	20,01	200,000	200,000	188,04	197 70	180,02	193,90	000	187,12	102.78	100 71	108.14	202,46		99,95	123,42	190,81	201,65	200,35	199,04	197,78	196,52	193,96	188,51	
	Insgesamt	90,02	06'68	89,06	97,79	/8'GDL	22,22	124 25	120 63	110 55	103 41	102 33	100 95	20,00	23,01	131,43	204,37	131 29	202 65	47,000	204,200	400 03	189,00	198,07	197,33	197,79	194,47	189,48	180,07	100 95	111 59	203 12	202.09		110,79	204,31	202,45	201,31	199,93	198,67	197,35	197,29	194,47	188,05	
1990		93,02	92,84	92,66	101,42	109,11	125,37	124,03	124,40	122 40	08 73	00 80	08.21	145 12	143,13	99,002	205,20	205.66	201,000	204,400	200,70	400,01	12,881	197,91	198,37	197,19	193,68	190,81	1/,'GBL	15 AD	207.36	204 12	203,04		206,62	. 205,21	201,78	200,61	199,27	197,91	198,37	197,19	193,68	187,21	
	bei Insgesumt be 3 Kindern (4	103,83	103,84	101,67	112,30	119,02	136,35	130,03	130,03	104,01	133,40	20,400	207,35	200, 43	206,11	204,13	205,02	204 13	204,47	2004,47	71,002	188,80	200,88	199,63	198,19	197,10	191,71	190,63	187,93	75 700	207.18	202,10	202 87		206,45	205,03	200,17	198,90	200,89	199,63	198,19	197,10	191,71	189,19	
	ĎĐ.				_			1		1	1		J.,	<u>. l</u>		_[<u> </u>			<u> </u>		_		_		_		_		L	⊥ ┰		1]			L_ 	L T:	L	<u> </u>		L T	l		
	bei Insgesam S.Kindern und mehr	67,96	67,40	66,97	74,83	82,72	99,44	99,48	99,48	90,07	97,14	20,00	93,00	04,90	82,76	81,54	79,74	D4 54	500	70,87	108,08	142,13	178,69	177,92	177,16	176,53	175,81	173,02	172,21	50 30	24,00	90.09	122,81		81,09	79,65	108,08	142,13	178,69	177,92	177.16	176.53	175.81	173,83	
		68,84	68,15	68,13	76,09	84,76	100,79	101,51	100,79	10,001	200	1,000	63, 13	83,53	82,09	80,05	138,19	30.00	300	1/2,00	179,84	178,88	177,92	177,14	177,86	177,26	174,98	173,42	172,58	60 60	20,00	426.22	180 92	20,001	80,77	144,80	179.84	178,88	177.92	177,14	177.86	177 26	174 98	173,00	
1989	bei insgesamt bei insgesamt 4 Kindern – 5 Kindent	71,85	. 70,77	71,85	79,45	88,12	104,48	104,48	104,48	103,48	101,86	00,43	83,01	82,28	80,93	183,86	182,06	402.06	00,001	181,34	180,44	179,54	178,55	177,83	177,11	176,48	175,76	171,80	173,33	200	20,20	108,31	180 47	1001	183,41	181,97	180.44	179.54	178.55	177.83	177,11	176.48	175.76	173,78	
	bel insgesamt b 3 Kindern 4	83,02	80,69	83,02	89,36	98,04	113,41	115,56	113,40	114,48	113,22	01,00	27'//	185,67	184,22	182,06	183,87	00 000	102,00	183,14	178,29	. 181,52	176,30	175,58	179,18	178,64	173,42	171,80	170,91	00 000	70,001	186,03	100,44	105,24	185.12	179.91	178 29	181.52	176.30	175.58	170.18	178.64	173 42	171,26	
•	·	О	m	- -	2	6	اق	<u>.</u>	7	20	- I	- l	ا م	<u></u>	ις.	8	<u></u>		ام		<u>~</u>	4	-	-		8	6	80	<u>, </u>		٥١	n i	010		[E	<u> </u>	lg	3 4	<u>.</u>	I.	1	- 2[s	20	<u> </u>	1
	Del Insgesa 6 Kindem und mehr	54.9	54,43	53,9	61,85	2,69	85,86	85,6	86,2	85,6	83,48	82,4	43,4	71,79	70,35	68,2	65,45	-	92,26	65,67	65,2	103,74	141,67	163,31	162,5	161,83	. 162,19	160,48	159,7		(2,06	67,7	00,00	0410	87.8	66.35	68 89	103 74	141 67	163.31	163,31	164 5	101,5	160,07	
	elfragesamt b Kindern 6	55,72	55,09	54,70	62,65	71,38	87,35	87,35	88,07	87,41	85,01	84,23	71,83	60'02	29'69	67,63	97,90		67,63	125,11	143,37	165,20	164,12	163,22	162,50	161,78	161,00	160,88	158,42		65,0/	66,85	78,37	10'001	67.21	99.04	158.18	165 20	164 12	163 22	103,44	102,201	161,/8	160,47	
1988	ilhsgesamt b Kindem 5	58.06	58,06	58,06	65,65	74,41	90,68	89'06	91,76	91,04	88,25	87,89	70,01	68'39	68,48	136,50	167,81		136,50	168,97	166,64	165,11	164,03	163,22	162,42	161,78	160,97	159,26	158,45		68,65	115,15	168,25	165,74	166.05	169 61	168.40	165 11	18403	163 22	100,42	162,42	167,78	161,25	1
	bei insgeeant bei insgsamt bei insgesamt 3 Kindern 4 Kindern 5 Kindern	67 9B	68.16	67.97	76,65	85,49	100,69	100,68	102,84	102,12	97,99	96,37	64,93	103,31	174,92	169,70	167,72		169,70	167,00	166,47	165,02	163,94	163,22	162,32	161,78	160,88	159,26	158,36		63,48	170,071	168,27	c)'cal	169 16	171 50	2000	185.00	183.04	163,94	77,001	162,32	161,78	158.73	
Besoldungs-	·	A 1	A 2	A3	A 4	A 5	ΑΘ	A 7	A8	Α9	A 10	A 11	A 12	A 13	A 14	A 15	A 16		8 1	. B2	ВЗ	B 4	BS	B6	B 7	B8	ВЭ	B 10	B 11		0	C 2	C3	. C4	7	68	7 0	20	1 4	0 4	מא	× 0	ρ Υ	R 10	

Erhöhtungsbeträge nach Art. 9 § 1. Abs. 1. des BBVAnpG 1999 für die Jahre 1988 bis 1998 Im DM/Monat für das dritte und Jedes weitere im Orts-bzw. Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind)

Besoldungs: 1 gruppen	1	E. S. C.	1991		-		19	1992			1993	10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 1	
bei bei bei bei bei bei bei bei haspssamt insgesamt insgesamt insgesamt insgesamt 3 Kindern 5 Kindern 1 insgesamt 1 insgesamt 2 Kindern 1 insgesamt 1 insgesamt 2 Kindern 1 installer 1 in	bei bei bei insgesamt insgesamt fragesamt 6 Kindern 6 Kindern mit anber	bes inspasant 6 Kindern ind mekr	_		***	bei Insgesamt 3 Kindern	bei Insgesamt 4 Kindern	bei Insgesamt 6 Kindern	bei Insgesamt 6 Kindem ind mehr	bet insgesamt 3.Kindem	hei Insgesamt 4 Kindern	bei frsgesamf 5 Kindern	bei Insgesamt 8 Kindem und meht
115,56 111,92	115,56 111,92		110,61			137,27	127,55	124,43	123,65	139,55		11	104,27
124,44 114,44 111,79 110,00	114,44 111,79		110,00		_	137,08	127,27		122,79	137,03		125,43	116,71
115,28 111,67	115,28 111,67		109,86	ابـــا م		136,72	126,90		122,27	138,82		125,79	123,78
122,76 120,21	122,76 120,21		118,46			145,11	135,31		130,77	147,32		133,69	132,36
131,35 128,12	131,35 128,12		126,55		-	151,29	142,59		138,16	155,81	144,92	141,40	139,82
147,89	147,89					168,12	158,50		104,7	170,40		100,10	187 40
155,05 140,98 145,53 142,10	140,90					00,701	130,30		133,00	177 33		163.82	162.69
145,58 141,97	145 58 141 97					164.39		151.81	150.52	175.90		162.50	161,34
153,06 144,46 140,85 139,09	144,46 140,85	L	139,09			162,35			148,47	113,91		141,30	144,36
113,34 119,73	113,34 119,73		123,58		-	100,29			131,93	111,75		138,36	142,24
112,21 118,61	112,21 118,61		121,80		-	158,06	118,43	126,35	129,84	249,78		137,16	140,81
110,92 118,12	110,92 118,12		121,11			236,43	118,11	124,72	128,21	247,43		133,86	. 137,70
159,71 116,94	159,71 116,94		119,90		_	234,19	204,56	121,54	125,91	245,27		132,54	136,22
229,16 227,85 148,41 118,04	227,85 148,41		118,04			230,48	230,94	178,88	122,34	241,67		241,37	161,94
	225,89 225,49		136,08			226,75	227,21	227,62	162,96	238,25	238,61	237,89	238,47
229 16 227 85 148 41 118 04	727 85 148 41	_	118.04		_	230 48	230.94	178.88	122.34	241.67	240.59	241.37	161,94
225.05 224.68	225.05 224.68		165.29		-	225.45	225.72	226.13	191.47	233,57	235,55	236,39	236,94
223.94 223.50	223.94 223.50					223.21	223,58		224.28	234,65	235,01	235,37	234,88
222,73 223,38	222,73 223,38	223,38				224,33	223,02		222,84	229,07		232,01	232,63
221,33	221,33 220,90	220,90			-	218,19	218,65		220,23	229,97		230,63	230,96
220,12 220,77	220,12 220,77	220,77				219,49			217,81	227,63		227,09	227,67
218,72 218,29	218,72 218,29	218,29				213,34		214,15	214,50	225,29	225,65	224,69	225,33
217,51 218,23	217,51 218,23	218,23				210,92		212,91	212,97	222,95		223,55	223,89
	213,79 215,25	215,25	215,04			207,94	208,21	208,56	209,89	220,07	270,72	219,23	213,89
210,81	210,81	59,112	210,99			198,07	196,4	05,002	200,50	210,71		10,112	10,112
	507,92 208,79	6/'807	208,11		-	16,781	195,40	184,80	184,80	ZU3,49	27,502	50,002	EC,002
110,92 118,12	110,92 118,12	118,12				236,44	118,11	-	128,21	247,43		133,86	137,70
L	228,22 127,79	127,79		•		231,03	231,50		122,99	. 242,39		242,99	147,61
	226,26 219,19	219,19				227,69	229,64		149,54	238,97	239,33	239,63	224,96
	223,56 223,07	223,07	218,75			222,28	224,42	224,27	224,33	230,51	232,58	233,51	234,11
73 777 74 740 74 747 57	1 440 24		117 67			220 72	00 080	203 74	120 80	237 80	239 69	240 59	181 13
47,041	47,041		/6'/11			772,17	50,002	47,007	20,00	50,102		2000	0000
225,80 225,43	225,80 225,43		141,03			226,76	227,12	228,49	168,61	238,07		238,/3	239,06
225,24 224,81	225,24 224,81		160,47			224,33	224,61	225,01	215,35	234,65	235,01	235,37	234,88
222,73	222,73 223,38		222,96		_	224,33	223,02	222,78	222,84	229,07		232,01	232,63
	221,33 220,90		221,56		_	218,19	218,65	218,99	220,23	229,97		230,63	230,96
220,12 220,77	220,12 220,77		220,31			219,49		217,75	217,81	227,63		227,09	227,67
218.72 218.29	218.72 218.29	218,29	219,00		_	213,34		214,15	214,50	225,29		224,69	225,33
219,29 217,51 218,23 217,70	217,51 218,23	218,23		٠-	_	210,92		212,91	212,97	222,95	223,22	. 223,55	223,89
213,79 215,25	213,79 215,25	215,25			_	207,94		208,56	209,89	220,07		219,23	219,89
206,98 208,66	206,98 208,66	208,66	,			195,28		207,98	269,52	208,02		208,67	209,00

Erhöhungsbeträge nach Art. 9 § 1 Abs. 1 des BBVAnpG 1999 für die Jahre 1988 bis 1998 In DM/Monat für das dritte und jedes weitere im Orts- bzw. Familienzuschlag zu berückslichtigende Kindl

bei	Inegeszant 6 Kindem und mehr	135,08	135,34	134,29	141,55	149,33	172,23	168,18	162,21	160,63	159,83	163,83	165,37	165,44	166,24	167,64	171,12	167.57	171 23	172,66	174,14	175,64	177,14	178,54	180,08	181,89	189,01	190,19	77 307	100,	170,21	173.14		168,17	170,31	172,66	174,14	175,64	177,14	178,54	180,08	181,89
Q PAGE	pesamt Indern		139,01	137,50	145,19	151,86	174,99	169,41	163,49	161,38	166,32	168,55	169,26	169,09	170,98	171,13	174,97	172 29	174.75	177,42	177,57	179,04	180,54	183,37	183,42	185,26	192,71	193,69	00 00 *	20,03	170,17	176.56		172,86	175,05	177,42	177.57	179,04	180,54	183,37	183,42	185,26
1	gesamt Indem	147,58	146,58	144,16	151,39	158,40	180,75	175,24	166,55	168,98	175,91	176,55	177,30	176,67	179,10	180,27	182,92	180.28	182 13	185,30	184,75	188,33	187,69	191,29	190,54	192,40	200,61	200,87	120 021	70,071	180,03	185.76		180,79	182,98	185,30	184,75	188,33	187,69	191,29	190,54	192,40
1461	Jesemit Indem	172,15	169,67	167,16	175,40	181,15	205,54	196,61	185,99	199,79	200,65	201,28	202,12	203,03	203,84	205,08	207,65	205 10	208,19	209,80	207,49	212,90	210,16	215,87	217,48	219,26	225,20	222,92	70 000	40,502	204,68	210.26		205,45	207,63	209,80	207,49	212,90	210,16	215,87	217,48	219.26
	insgesamt 8 Kindern und mehr	105,68	97,81	103,99	117,32	132,92	159,03	176,31	174,73	163,29	156,80	153,91	152,37	149,00	161,59	243,61	248,99	223.64	248.27	246.01	242.74	240,95	238,40	235,90	303,30	300,008	290,12	284,44	00 07 7	149,00	2708,28	244 37		105,68	249,66	246,01	242,74	240,95	238,40	235,90	303,30	300.08
ingi	pesant intern	102,98	35,65	105,73	125,27	148,17	177,32	177,81	176,47	161,72	152,93	150,69	148,51	165,81	249,14	252,99	249,26	257 99	277.66	245,35	243.04	240,28	237,78	305,27	302,64	299,37	289,43	283,72	, ,	100,001	253,69	220,04		. 155,49	155,49	245,35	243,04	240,28	237,78	305,27	302,64	299.37
Kol	gesamt	102,71	94,73	116,42	144,07	157,46	182,62	181,56	179,06	157,61	145,50	143,19	212,51	258,28	255,97	253,75	248,36	253 75	278 FE	244 42	242,11.	241,24	308,84	304,21	301,62	298,34	290,74	285,16	00000	97'907	254,43	243,14	00101	159,30	159,30	244,42	242,11	241,24	308,84	304,21	301,62	708 34
1	lesami ndem	113,49	102,85	149,99	159,51	167,23	192,43	191,27	189,93	126,07	126,46	261,46	262,23	256,45	254,14	253,37	246,25	253 37	748 47	245 86	313.56	311,05	308,55	306,04	303,35	300,27	290,45	284,87		250,45	254,14	220,49		169,12	169,12	245,86	313,56	311,05	308,55	306,04	303,35	300 27
	msgesamt & Kindern und mehr	96,20	94,04	106,77	121,94	141,28	166,81	173,20	171,94	171,41	154,43	152,36	150,29	147,86	145,65	202,10	248,59	207 10	247.15	244 99	242.78	240.26	237,83	. 235,54	233,15	300,14	290,78	285,47	-	147,85	192,73	249,33	111111111111111111111111111111111111111	226,29	247,64	244,99	242,78	240,26	237,83	235,54	233,15	77 008
100	negesamt ms 6 Kindem 9 K	+	86'26	116,89	138,76	150,92	175,56	174,54	173,28	172,74	150,76	148,72	146,63	144,22	202,01	251,74	248,26	251 77	745 82	244 66	242 44	239,92	237,52	305,24	302,84	299,84	290,42	285,14		144,22	252,40	249,04	1.5,51.7	251,02	248,14	244,66	242,44	239,92	237,52	305,24	302,84	78 000
41	negesamt Kindem 5	82,91	109,54	137,80	146,29	140,67	178,56	177,57	176,31	175,78	143,80	141,72	. 169,66	257,22	255,07	251,38	247,96	251 38	00, 00	244.35	242 11	239,59	307,25	304,90	302,47	239,50	290,15	284,83	1000	77,107	252,09	243,77	22121	250,66	247,78	244,35	242,11	239,59	307,25	304,90	302,47	200 50
	hrspasamt 2 Kindern	92,54	146,55	147,62	150,28	138,53	164,38	163,47	185,95	165,42	123,44	241,46	259,30	256,95	254,80	251,02	247,60	054.00	20,102	243 99	311.84	309,32	306,80	304,64	302,30	299,23	289,70	284,47		CB, QC7	251,74	240,00	22,5	250,30	247,42	243,99	311,84	309,32	306,80	304,64	302,30	1 2000
gruppen		A 1		. 8 A	A 4	A 5	Α6	A 7	A 8	6 4	A 10	A 11	A 12	A 13	A 14	A 15	A 16	40		7 8		B 5	86	B 7	88	89	B 10.	B 11	•	ט	000	2 0		R.1	R 2	RЗ	R 4	R S	R6		R 8	o

Erhöhungsbeträge nach Art. 9 § 1 Abs. 1 des BBVAnpG 1999 für die Jahre 1988 bis 1998 (in DM/Monat für des dritte und jedes wetere im Orts- bzw. Familienzuschlag zu bemoksichtigende Kind)

bel insgesamt 6 Kindem und mehr	108,08	108,12	107,83	115,15	122,28	· 145,11	144,22	140,70	137,35	136,34	141,04	142,29	143,78	145,10	147,43	151,14	147 43	152.78	155,14	157,45	159,99	162,42	164,77	167,27	170,24	179,73	181,45	143.78	148.87	150,34	155.87	148,14	151.32	155.14	157 45	159 99	155,33	102,42	164,77	121,21
bei insgesamt bei in S Kindem S Kim mehr	112,21	111,32	110,76	118,54	125,24	147,41	146,00	142,97	139,54	140,34	145,35	146,60	147,04	148,35	150,48	155,34	150.48	155.75	158,05	161,66	162,85	166,66	167,57	170,05	174,61	182,39	184,58	147 04	144 16	153 30	160.14	151,18	155.53	158.05	16166	162.85	166.60	99,991	76,781	. 60.071
bei insgesamt 4 Khdern	119,70	119,38	118,29	125,66	131,48	153,67	153,77	149,79	142,78	151,51	152,85	154,03	155,56	156,88	159,00	162,45	159 00	164.14	166,43	168,70	171,27	173,66	176,06	178,51	181,49	190,98	193,69	155 55	158.62	161 74	167.15	159,55	162,69	166.43	168 70	171,27	171111	1/3,66	1/6,06	16,8/1
bel Insgesamt 3 Kündern	145,54	144,38	139,38	148,93	154,62	176,47	179,91	168,20	168,82	177,67	179,02	180,21	178,45	179,78	. 181,90	188,75	181 90	186,59	188,81	195,03	193,57	200,24	198,16	200,68	208,26	212,79	215,90	178 AE	184 90	184 45	193.56	182,43	189,05	188.81	195.03	193,57	10,000	200,24	198,16	200,68
				· .			•		لحبب		,	لسسا		 .		لب	-											-				_,			٠				-	
esamt n und	124,35	124,40	124,11	131,98	138,46	161,37	159,28	153,04	150,31	148,21	153,03	153,95	155,00	155,98	157,93	161,13	158 49	163.01	164,83	166,59	167,50	170,40	172,21	174,07	175,22	183,58	186,21	155,00	158 28	. 160.43	165,43	158,65	161,23	164.83	168 50	187.50	20, 707	0,40	1/2,21	10,471
i insgr Kinder Ahr				-										ĺ	(- [- 1	- {							{			-	1		
Unsgesamt bei insgesamt Gribern B Kindern und mehr	128,40	127,52	127,81	135,49	141,31	164,47	161,46	154,04	151,64	153,06	156,04	157,01	158,00	160,11	161,93	165,08	162 46	167.00	167,52	169,23	171,08	172,93	174,69	178,05	178,79	185,84	190,61	158.00	161 39	164 43	168,09	162,62	165,22	167.52	169 23	171 08	177.03	177,93	174,69	E0'071
mt bellesgesamt S.Kindem	136,76 128,40		-															175,52 167.00	-							193,60 185,84		-			175,82 168,09	171,08 162,62							162,47	1,20
		135,27	135,54	142,84	147,26	170,82	166,50	158,49	157,27		164,11	165,00	166,04		168,58	173,60		175,52	175,31	176,95	178,87	180,71	182,47	184,28	186,57		199,61	-	169.85	172.82		171,08	173,66	175,31	176 95	178.87	780.74	17,001	747	104,20

Innenministerium

Personenstandswesen Fortbildungsveranstaltungen in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln

RdErl. d. Innenministeriums v. 26. 1. 2000 – I A 3/14-66.12

Für die im Personenstandswesen tätigen Bediensteten der Kreise und kreisfreien Städte in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln werden im Jahre 2000 vom Fachverband der Standesbeamten Nordrhein e.V. Fortbildungsveranstaltungen nach nachstehendem Plan durchgeführt.

Es wird darauf hingewiesen, dass Beamte gemäß § 48 Abs. 1 der Laufbahnverordnung verpflichtet sind sich fortzubilden, damit sie den steigenden Anforderungen ihres Amtes gewachsen sind. Auch die übrigen im Personenstandswesen tätigen Bediensteten sollten von dieser Fortbildungsmöglichkeit Gebrauch machen. Um dies unter Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes allen Bediensteten zu ermöglichen, kann auch eine Fortbildungsveranstaltung in einem Nachbarkreis besucht werden.

Da die Teilnahme an diesen Veranstaltungen im dienstlichen Interesse liegt, werden die Gemeinden und Kreise gebeten, die im Personenstandswesen tätigen Bediensteten zu diesen Schulungen zu entsenden (vgl. auch § 85 Satz 2 Halbsatz 2 des Landesbeamtengesetzes). Die durch die Teilnahme an den Fortbildungsveranstaltungen entstehenden Kosten werden vom Dienstherrn getragen.

Ich würde es begrüßen, wenn die Leitung der kommunalen Aufsichtsbehörden über die Standesämter bei diesen Fortbildungsveranstaltungen anlässlich der Eröffnung oder zu einem anderen geeigneten Zeitpunkt vertreten wäre. Auch die Bezirksregierungen werden gebeten, den Fortbildungsveranstaltungen, z. B. durch gelegentliche Entsendung der zuständigen Dezernentin oder des zuständigen Dezernenten, ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Für die Fortbildungsveranstaltungen 2000 sind folgende Themen vorgesehen:

1. Schulungsreihe:

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht

2. Schulungsreihe:

Besprechung von Erlassen, neuen familien- und personenstandsrechtlichen Gerichtsentscheidungen und von praktischen Fällen.

Die Teilnehmer werden gebeten, die Texte der Rechtsund Verwaltungsvorschriften mitzubringen sowie Einzelfragen den Fachberatern möglichst bereits zwei Wochen vor der Tagung mitzuteilen.

Termine für die Fortbildungsveranstaltungen 2000

I. Regierungsbezirk Düsseldorf

i. Regierungsbezi	IK Dussciuoii
Arbeitskreis I/1	Kreisfreie Stadt Düsseldorf und Kreis Mettmann
1. Schulung	Düsseldorf, Rathaus, Marktplatz 1, kleiner Sitzungssaal EG Mittwoch, 16. Februar 2000
2. Schulung	Ratingen, Stadthalle, Europaring, kleiner Sitzungssaal Mittwoch, 18. Oktober 2000
Arbeitskreis I/2	Kreisfreie Stadt Mönchengladbach und Kreis Neuss Jüchen, Haus Katz, Alleestraße
1. Schulung	Mittwoch, 23. Februar 2000
2. Schulung	Mittwoch, 25. Oktober 2000

Arbeitskreis I/3	Kreisfreie Stadt Krefeld und Kreis Viersen
1. Schulung	Nettetal, OT Lobberich, Neues Rathaus, Doerkesplatz Dienstag, 15. Februar 2000
2. Schulung	Kempen, Rathaus, Buttermarkt 1, Sitzungssaal Dienstag, 24. Oktober 2000
Arbeitskreis I/4	Kreisfreie Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal Wuppertal, Rathaus Barmen
. ~	TITLE 1 00 TO 1 0000

Schulung Mittwoch, 23. Februar 2000
 Schulung Mittwoch, 25. Oktober 2000

Arbeitskreis I/5 Kreisfreie Städte Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen Oberhausen, Rathaus Innenstadt

Schulung Mittwoch, 22. März 2000
 Schulung Mittwoch, 8. November 2000

Arbeitskreis I/6 Kreis Wesel

1. Schulung Wesel, Rathaus, Klever-Tor-Platz 1

Mittwoch, 15. März 2000

2. Schulung Moers, Altes Rathaus, Unterwallstraße 9 Mittwoch, 15. November 2000

Arbeitskreis I/7 Kreis Kleve
1. Schulung N.N.

Dienstag, 22. Februar 2000

2. Schulung Kerken, Michael-Buyx-Haus, Michael-Buyx-Straße 2
Dienstag, 10. Oktober 2000

II. Regierungsbezirk Köln

Arbeitskreis II/1 Kreisfreie Städte Köln und Leverkusen, Rheinisch-Bergischer-Kreis
Bergisch Gladbach, Kreishaus

1. Schulung Mittwoch, 1. März 2000

2. Schulung Mittwoch, 15. November 2000

Arbeitskreis II/2 Kreisfreie Stadt Bonn, Kreis Euskirchen und Rhein-Sieg-Kreis

Bonn, Stadthaus Berliner Straße, Ratssaal

1. Schulung

Dienstag, 22. Februar 2000

Dienstag, 10. Oktober 2000

Arbeitskreis II/3 Oberbergischer Kreis

1. Schulung Reichshof, Gemeinde Denklingen, Rathaus
Mittwoch, 1. März 2000

2. Schulung Gummersbach, Kreishaus

Mittwoch, 18. Oktober 2000

Arbeitskreis II/4 Kreisfreie Stadt Aachen, Kreise

Aachen und Heinsberg

1. Schulung
Aachen, Rathaus, Am Markt
Dienstag, 29. Februar 2000

2. Schulung Heinsberg, Kreishaus Dienstag, 7. November 2000

Arbeitskreis II/5 Kreis Düren und Erftkreis

1. Schulung Bergheim, Kreishaus

Mittwoch, 16. Februar 2000

2. Schulung Düren, Kreishaus

Mittwoch, 18. Oktober 2000

Beginn der Veranstaltungen jeweils um $14.00~\mathrm{Uhr}$, Ende zwischen $17.00~\mathrm{und}~18.00~\mathrm{Uhr}$.

Schulungsleiter

zu I/3, I/7 und II/3

Frau Helga Kraus

Schulungsleiter

zu I/1, I/2 und II/4

Frau Anneliese Kopp

Schulungsleiter

zu I/5 und I/6

Frau Sandra Türks

Schulungsleiter

zu I/4, II/1, II/2 und II/5

Herr Klaus Bachtenkirch

- MBl. NRW. 2000 S. 163.

Einzelpreis dieser Nummer 5,30 DM zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen. Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach ISSN 0177-3569